

Sondierungsgespräche mit anderen Gemeinden beschlossen!

Es war wieder eine dieser ellenlangen Sitzungen, die einfach kein Ende nehmen wollen.

Die Tagesordnung war im Vergleich zur letzten Sitzung mindestens doppelt so lang, bestimmt auch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gremium.

Diese lagen wieder stabil in den Händen des Bürgermeisters.

Zur Einwohnerfragestunde monierte Frau May-Hähnel die unbefriedigenden Antworten des Bürgermeisters auf ihre Fragen. Diese wurden teilweise schon vor Monaten gestellt und hatten sich unbeantwortet auf einer langen Liste angesammelt. Ihr beharrliches Drängen auf Antworten zeigte jetzt erste Ergebnisse. Der Bürgermeister verwies in dem Zusammenhang darauf, dass die Bürger grundsätzlich keinen Anspruch auf Antworten hätten.

Nach den üblichen Formalien, Protokollbestätigung usw., ging es mit dem ersten wichtigen Punkt ins Rennen. Tagesordnungspunkt 7 stand an: Sondierungsgespräche mit anderen Gemeinden (Antrag von Frau Dittrich).

Der Bürgermeister hatte seine Mannen sauber auf Linie geschworen und so kam auch prompt der Antrag von Herrn Noack. Es mache keinen Sinn, wenn die gesamte Gemeindevertretung Sondierungsgespräche mit den umliegenden Gemeinden aufnehmen würde. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter sollen ermächtigt werden, erst einmal zu schauen, ob denn andere Gemeinden überhaupt mit uns reden wollen. Danach könne man immer noch, irgendwann im Sommer Gespräche aufnehmen, ergänzte Herr Bülow.

Glücklicherweise siegte die Vernunft und nach zäher Diskussion einigte man sich auf einen Beschlusstext mit dem alle Gemeindevertreter einverstanden waren.

Demnach wurde der Beschluss so gefasst, dass man Sondierungsgespräche aufnehmen will. Der Bürgermeister nebst Stellvertreter wurde ermächtigt diese durch erste Kontakte vorzubereiten. Gegenüber Gesprächsangeboten anderer Gemeinden will man sich öffnen und diese wahrnehmen.

Dass es angesichts der Mehrheitssituation mit der Konsensfähigkeit des Gremiums nicht so einfach werden würde, zeigte sich auch bei den nächsten Tagesordnungspunkten.

TOP8: Im Grünflächenausgleich für das Windrad sollen Bäume gepflanzt werden.

Der Finanz-, Bau- und Dorferneuerungsausschuss hatte die Bildung einer Arbeitsgruppe empfohlen, um die Maßnahmen wie vorbereitet, weiterhin im Dialog mit dem Grünamt zu koordinieren. Sinnvoller Weise sollte sich die Arbeitsgruppe aus Herrn Meier, Frau Dittrich und dem Bürgermeister zusammensetzen, die bereits die umfangreiche Vorarbeit geleistet und die ersten Gespräche geführt haben. Hier diskutierte vor allem Herr Bülow, dass eine solche Arbeitsgruppe keinen Sinn machen würde. Herr Noack stellte den Antrag, dass nunmehr nur noch der Bürgermeister und sein Stellvertreter befugt werden, Gespräche mit den Grundstückseignern zu führen, auf dessen Flächen Pflanzungen vorgesehen sind.

Entsprechend der Mehrheitsverhältnisse wurde der Beschluss auch 5 zu 4 dann so gefasst.

Auch der nächste Punkt wurde kontrovers diskutiert. Hier ging es im TOP9 um die Aufstellung einer Straßenbeitragssatzung. Der Bürgermeister machte den Vorschlag, das Amt zu beauftragen einen Entwurf für eine Satzung zu erarbeiten. Dieser Entwurf könne danach im Ausschuss und in der Gemeindevertretung ausführlich diskutiert werden. Allen Anwesenden war klar, letztendlich kommt man um eine solche Satzung nicht herum, wenn man Fördermittel beantragen möchte. Nach einer namentlichen Abstimmung wird entsprechend des Bürgermeister Vorschlags verfahren.

Der anwesende Leitende Verwaltungsangestellte des Amtes Carbak war zu einer Stellungnahme in Bezug auf die bekannt gewordene und kritikwerte Verfahrensweise in Bezug auf die Ortsdurchfahrtswidmung aufgefordert worden. Die blieb er schuldig.

Beinahe zum Eklat kam es, als es um den baulichen Zustand des Gemeindebüros ging. Immer wieder war in den vergangenen Wochen von Schimmelpilzen und Gesundheitsgefährdung die Rede gewesen. Gemeindevertreterin Dittrich hatte daraufhin auf eigene Initiative gehandelt. Sie legte der Gemeindevertretung ein druckfrisches Gutachten auf den Tisch. Die Kosten dafür hatte bereits die FWG "Frischer Wind" übernommen. Statt sich über die Initiative der Gemeindevertreterin zu freuen, empörten sich einige Gemeindevertreter und der Bürgermeister.

Unterstellungen wie "Kungelei" und "Geheimniskrämerei" vergifteten, dass nunmehr nachgewiesen ungesunde Klima im Raum noch mehr.

Nachdem sich die Gemüter beruhigt hatten, wurden Maßnahmen beschlossen, um die festgestellten Schimmelpilze zu beseitigen. Ein Ingenieurbüro soll darüber hinaus die Ursachen ermitteln und für weitere Maßnahmen ein Leistungsverzeichnis erstellen.

Die klimatische Schiefelage war auch noch im Tagesordnungspunkt 12 zu spüren. Gemeindevertreterin Eckart stellte einige Fragen in Bezug auf die zu buchenden Haushaltsstellen und empfahl den Beschlussvorschlag "überplanmäßige Ausgaben" noch einmal im Ausschuss zu behandeln. Der Bürgermeister reagierte mit Unverständnis und monierte, dass die Angelegenheit bereits im Ausschuss behandelt worden sei. Vernünftigerweise entschied man sich dann doch für den Ausschuss.

Im weiteren Verlauf der Sitzung, wurden Rauchmelder für die gemeindeeigenen Wohnungen beschlossen. Auch hier wurde die Diskussion zäh immer am Rande von unterschwelligen Unterstellungen geführt.

Eigentlich schade, denn in der jüngsten Vergangenheit war man in Bezug auf sachlichen Umgang miteinander schon einen gehörigen Schritt weiter gewesen.

Es scheint so, dass die stabile Mehrheit aus Bülow, Noack, Müller, Harms und Kühndel diese Ära wieder in den Hintergrund treten lassen.

Vielleicht hilft es, wenn der Bürgermeister seinen, zur Chefsache erklärten Vorschlag zur Bildung eines Festkomitees für die im nächsten Jahr fällige 675 Jahrfeier gemeinsam mit ALLEN Interessierten umsetzen kann.

Die Bemerkung des Duos Noack-Bülow dazu:

...das kann man vergessen, da sind Wahlen... (sinngem.).